

Medieninformation

040 / 2017

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Ihr Ansprechpartner
Andreas Kunze-Gubsch

Durchwahl
Telefon +49 351 564-3040
Telefax +49 351 564-3049

presse@smi.sachsen.de

Dresden, 29. Mai 2018

Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2017 vorgestellt

Innenstaatssekretär Prof. Dr. Schneider: „Gesellschaftliche Entwicklungen und Sorgen der Menschen dürfen nicht verfassungsfeindlichen Extremisten überlassen werden“

Innenstaatssekretär Prof. Dr. Günther Schneider und der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV), Gordian Meyer-Plath, haben heute den sächsischen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2017 vorgestellt. Dieser informiert über verfassungsfeindliche Organisationen und Gruppierungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, sowie über Spionageaktivitäten.

Es werden die verfassungsfeindlichen Entwicklungen in den Bereichen Rechts-, Links- und Ausländerextremismus, zum Islamismus sowie zu den „REICHSBÜRGERN UND SELBSTVERWALTERN“ aufgezeigt.

Für den Rechts- und Linksextremismus veranschaulichen regionale Lagebilder die Situation in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Freistaates. Die einzelnen Ereignisse werden analytisch eingeordnet und bewertet. Darüber hinaus gibt der Verfassungsschutzbericht Ausblicke und Prognosen zur Entwicklung in den kommenden Jahren.

„Das Augenmerk des Verfassungsschutzes im Freistaat gilt allen Phänomenbereichen gleichermaßen. Wir können für Sachsen in keinem Bereich Entwarnung geben. Zwar gibt es rückläufige Entwicklungen beim links- bzw. rechtsextremistischen Personenpotenzial. Jedoch wachsen gleichzeitig die Erkenntnisse zu islamistischen Bestrebungen sowie zu ‚Reichsbürgern und Selbstverwaltern‘“, sagte Innenstaatssekretär Prof. Dr. Günther Schneider heute in Dresden.

„Die mit der hohen Anzahl an Asylbewerbern einhergehenden Herausforderungen für Staat und Gesellschaft, zunehmende Fragen nach der Gerechtigkeit in unserem Land sowie weltweit komplexer werdende Krisenherde und internationale Spannungen rufen auch bei unseren Bürgern Sorgen und Ängste hervor. Schlimmstenfalls münden sie in Unzufriedenheit, Wut und Gewalt. Misstrauen gegen die etablierte Politik wird – von rechts wie von links und auch durch islamistische Protagonisten - zielgerichtet geschürt. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen sind besorgniserregend und bereiteten auch im vergangenen Jahr den Nährboden für Extremismus. Der Rechtsstaat wird weiterhin konsequent durchgreifen, Täter ermitteln und

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium des
Innern
Wilhelm-Buck-Straße 2-4
01097 Dresden

www.sachsen.de

bestrafen. Je entschlossener der Rechtsstaat auftritt, desto wirkungsvoller durchkreuzen wir Pläne, Straftaten und Ideologien von Extremisten“, so Schneider weiter.

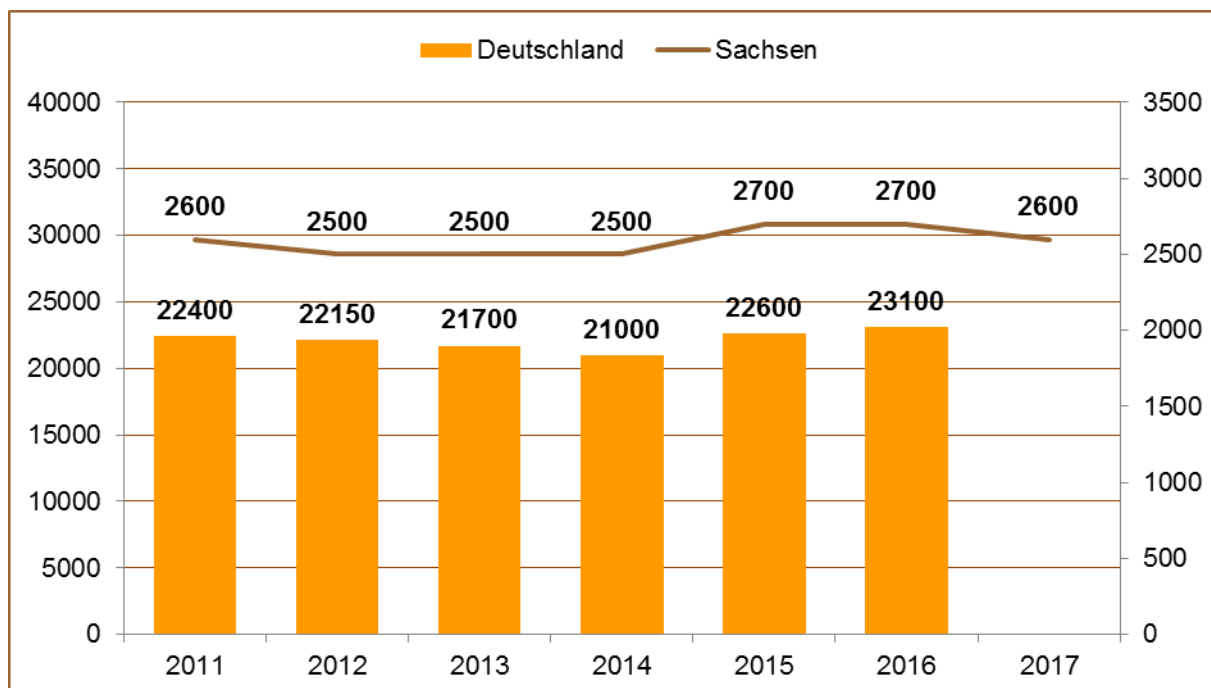
In Sachsen hat sich zudem im vergangenen Jahr der Trend einer weiteren Zunahme islamistischer Bestrebungen fortgesetzt. Insbesondere der jihadistische Islamismus stellt die internationalen, nationalen und damit auch sächsischen Sicherheitsbehörden vor enorme Herausforderungen. „Der Verfassungsschutz ist auch hier ein wichtiges Frühwarnsystem, geht Hinweisen entschieden nach und kooperiert mit Behörden innerhalb und außerhalb Sachsens“, betonte der Innenstaatssekretär.

I. Rechtsextremismus

Überblick in Zahlen

Das rechtsextremistische Personenpotenzial ging im Jahr 2017 leicht zurück (2.600 Personen; 2016: 2.700). In den verschiedenen Bereichen der rechtsextremistischen Szene waren jedoch gegenläufige Tendenzen erkennbar, die sich auf mehrere Ursachen zurückführen lassen.

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



Das Personenpotenzial des Rechtsextremismus wird seit 2017 bundesweit im Verfassungsschutzverbund mittels eines neuen Kategoriensystems dargestellt. Es wird künftig nach seinem jeweiligen Organisationsgrad erfasst:

1. parteigebundener Rechtsextremismus,
2. parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen und
3. unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial.

Dementsprechend sind Vorjahresvergleiche für diese neuen Kategorien nur eingeschränkt möglich.

Rechtsextremistisches Personenpotenzial

	insgesamt	Rechts- extremistische Parteien	Parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen	Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial
2017	ca. 2.600	ca. 545	ca. 900	ca. 1.200
2016	ca. 2.700	ca. 565		

Rechtsextremistische Parteien

Der Niedergang der **NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)** hat sich weiter fortgesetzt (ca. 400 Parteimitglieder; 2016: 420; 2015: 600). Mehrere NPD-Kreisverbände entfalteten faktisch kaum noch eigene Aktivitäten. Auch die **JUNGEN NATIONALISTEN**¹ hatten einen Rückgang zu verzeichnen (2017: 50 Mitglieder; 2016: 85; 2015: 110). Sie verfügten im Berichtsjahr nur noch über sechs „Stützpunkte“ in Sachsen (2016: sieben; 2015: 13). Dementsprechend ließ auch das Aktionsniveau merklich nach.

In der Partei **DIE RECHTE** engagierten sich nur noch etwa 20 Personen (2016: 30).

Eine gegenläufige Entwicklung war hingegen bei der Partei **DER DRITTE WEG**, einer der expansivsten rechtsextremistischen Strukturen in Sachsen, festzustellen. Sie steigerte ihr Mitgliederpotenzial auf 90 Personen (2016: 60) und konnte auch ihre Strukturen weiter ausbauen. Aufgrund ihrer neonationalsozialistischen Ausrichtung verfügte sie außerdem über ein signifikantes Unterstützerumfeld innerhalb des parteiungebundenen Rechtsextremismus.

Parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen²

Hier hat sich die Restrukturierung der **NEONATIONALSOZIALISTEN** weiter fortgesetzt. Sowohl bei den Mitgliederzahlen (2017: 650 Personen; 2016: 520) als auch beim Aktivitätsniveau war ein Anstieg zu verzeichnen. Hingegen gab es bei den **subkulturell geprägten rechtsextremistischen Strukturen**³ keine größeren Verschiebungen (2017: 240 Personen); sie wiesen jedoch im Berichtsjahr ein wesentlich höheres Aktionsniveau auf.

¹ Die JN (Jugendorganisation der NPD) haben sich am 13. Januar 2018 von Junge Nationaldemokraten in JUNGE NATIONALISTEN umbenannt.

² Hierunter fallen sämtliche Kameradschaften, Vereine und sonstige Gruppierungen, bei denen es sich nicht um Parteien handelt.

³ Sie sind im Unterschied zu den NEONATIONALSOZIALISTEN weniger auf nach außen zielende politische Aktivitäten ausgerichtet, sondern pflegen eher gemeinsame Erlebnisse und ihr Gemeinschaftsgefühl. Es zählen auch rechtsextremistische Musikgruppen dazu.

Bei der **IDENTITÄREN BEWEGUNG**⁴ blieb das Personenpotenzial konstant (40 Personen).

Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial

In der Regel handelt es sich hierbei um Besucher von rechtsextremistischen Konzerten und Freizeitveranstaltungen. Die Anzahl der dort ebenfalls erfassten Straftäter ging infolge der migrationsbezogenen Lageentwicklung signifikant zurück. Dem stand jedoch ein leichter Anstieg des gewaltorientierten Personenpotenzials gegenüber (2017: 1.300 Personen; 2016: 1.250).

Gewaltorientiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial

2017	ca. 1.300
2016	ca. 1.250

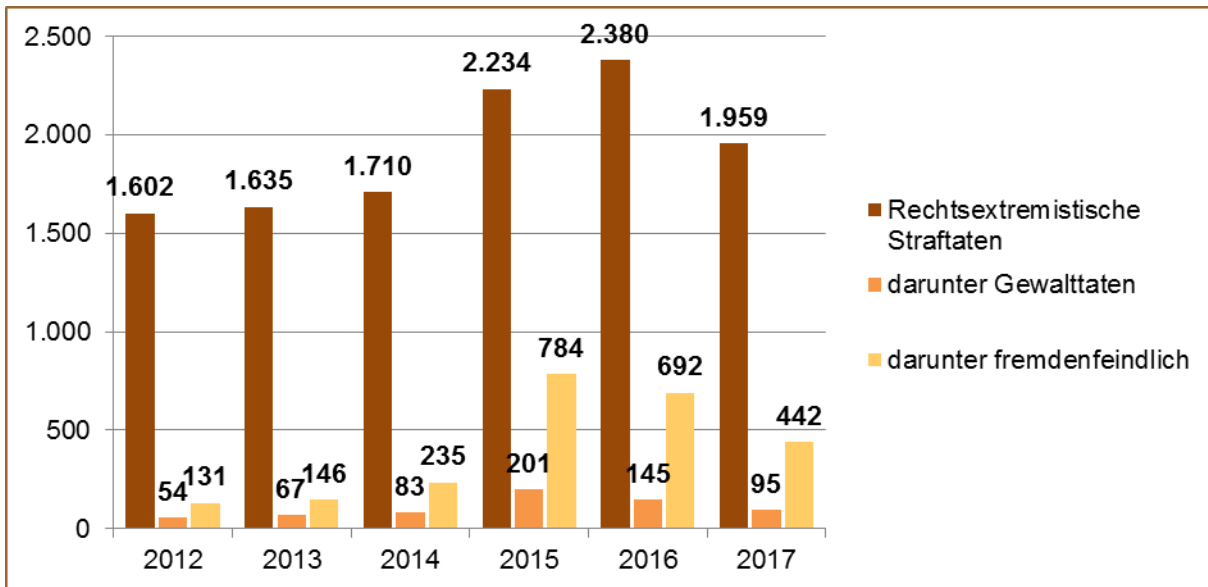
Generelle Aussagen

Die Großstädte, die Dresden umgebenden Landkreise (außer Landkreis Meißen) und der Vogtlandkreis stellten weiterhin regionale Schwerpunkte des rechtsextremistischen Personenpotenzials dar. Während dies in Bautzen und Mittelsachsen auf die Neonationalsozialisten zurückzuführen war, bildeten in der Sächsischen Schweiz die NPD und im Vogtlandkreis die Partei **DER DRITTE WEG** den jeweiligen Szeneschwerpunkt.

Das Gesamtniveau der im Jahr 2017 registrierten rechtsextremistischen Straftaten sank nach mehreren Jahren teils starker Anstiege erstmals wieder deutlich um ca. 18 Prozent (2017: 1.959; 2016: 2.380; 2015: 2.234), war jedoch im Vergleich zu den Jahren vor 2015 weiterhin hoch. Die rechtsextremistischen Gewalttaten sind seit 2016 weiterhin rückläufig (2017: 95; 2016: 145). Allerdings waren im Vergleich zum Jahr 2012 immer noch fast doppelt so viele Gewaltdelikte zu verzeichnen. Die Anzahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte ging um ca. 30 Prozent zurück (2017: 70; 2016: 99), lag jedoch noch deutlich über den Fallzahlen vergangener Jahre.

⁴ Beobachtungsobjekt seit 2016; hinsichtlich Personenpotenzial und ideologischer Ausrichtung nicht herkömmlichen rechtsextremistischen Strukturen zuzuordnen. Vermeyntlich „Fremde“ werden nicht biologisch, sondern anhand von Kultur oder Religion bestimmt. Forderung: Trennung von Ethnien und Religionsgemeinschaften im Wege einer „Remigration“.

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Entwicklungstendenzen

Die rechtsextremistische Szene hat im Jahr 2017 eine Reihe prägender Prozesse durchlaufen, die auch ihre künftige Entwicklung bestimmen werden. Wegen der anhaltenden Krise der NPD wandten sich **NEONATIONALSOZIALISTEN** verstärkt der **PARTEI DER DRITTE WEG** zu, sodass hier von einer Zunahme des Personenpotenzials und der Gründung weiterer „Stützpunkte“ auszugehen ist. Die Partei hat das Potenzial, künftig die bestimmende Kraft innerhalb des parteigebundenen Rechtsextremismus in Sachsen zu werden.

Die **NPD** und die **JUNGEN NATIONALISTEN (JN)** dürften hingegen weitere Mitglieder verlieren und sich im Bemühen um Anschluss an die parteiungebundene Szene zunehmend verbal radikalisieren. Die Partei **DIE RECHTE** wird bedeutungslos bleiben. Ihr ist es auch im Berichtsjahr nicht gelungen, ihr Personenpotenzial auszubauen.

Die parteiungebundene Szene strebt die Neubildung von Strukturen und in deren Folge einen Ausbau ihrer Handlungsfähigkeit an. Deshalb wird sie die entstandenen Netzwerke pflegen und sich – wegen des Bedeutungsrückgangs des Migrationsthemas – wieder auf ihre traditionellen rechtsextremistischen Aktivitäten wie „Zeitzeugenvorträge“, „Trauermärsche“ und „Heldengedenken“ konzentrieren. Auch vordergründig unpolitische rechtsextremistische Musik- oder Sportveranstaltungen werden zunehmen. Außerdem ist zu erwarten, dass die Szene ihre aktive Propaganda mit dem Ziel einer „Raumbesetzung“ („Nazikieze“) verstärken wird.

Durch das Vortäuschen angeblich gleicher Zielsetzung gelang es Rechtsextremisten seit 2015, sich vorübergehend als Teil von nicht extremistischen asylbezogenen Protesten darzustellen.

Szeneintern wurden überregionale asyl- und islamfeindliche Aktivitäten entfaltet aber auch sogenannte ‚Einsickerungsstrategien‘ mit dem Ziel verfolgt, innerhalb von nicht extremistischen Gruppierungen bestimmenden Einfluss zu gewinnen. Diese Bestrebungen dürften im Jahr 2018 – wenn auch auf niedrigem Niveau – ihre Fortsetzung finden.

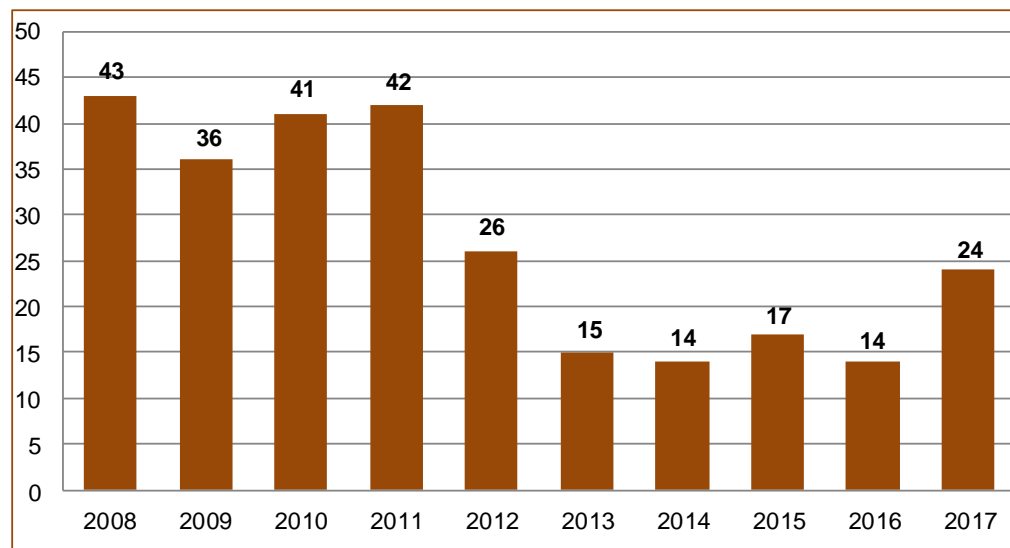
Auch die erfolgte Strategie der Verschiebung ihrer Themenschwerpunkte wird im Jahr 2018 fortgeführt werden. Statt der früheren Polemik gegen Zuwanderer werden die Themenfelder innere Sicherheit, nationale Identität und Legitimation der gewählten Amtsträger verstärkt bedient werden. Die allgemeine Straftatenentwicklung wie auch islamistisch-terroristische Aktivitäten und die damit einhergehenden Konsequenzen für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung werden Anlass für Rechtsextremisten sein, ihr Weltbild zu kommunizieren und sich als selbsternannter Sachwalter der Interessen der – einheimischen – Bevölkerung darzustellen.

Die ideologische Ausrichtung der **IDENTITÄREN BEWEGUNG** ermöglicht ihr eine breite Anschlussfähigkeit, sodass sie auch im Jahr 2018 versuchen wird, sich mit nicht extremistischen Gruppierungen zu vernetzen.

Erkennbar sind weiterhin die Bemühungen, in der Mitte der Gesellschaft mit extremistischen Botschaften anzukommen. Hierzu tritt man häufig als sozialer „Kümmerer“ auf, der sich – so die propagandistische Sichtweise – als einziger um die einheimische Bevölkerung sorgt.

Im Berichtsjahr war eine Zunahme der Aktivitäten der rechtsextremistischen Musikszene zu verzeichnen. Es erhöhten sich sowohl die Anzahl der aktiven Bands (2017: 36; 2016: 30) und Liedermacher (2017: sechs; 2016: drei) als auch die Anzahl von Musikveranstaltungen, Konzerten und Liederabenden (2017: 24 Konzerte, 2016: 14). Die durchschnittliche Teilnehmerzahl je Konzert ging dabei allerdings von 230 Personen (2016) auf nunmehr 150 Teilnehmer (2017) zurück.

Durchgeführte rechtsextremistische Konzerte in Sachsen



II. „REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER“

Die heterogene Szene der „REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER“ eint die fundamentale Ablehnung des Staates und seiner gesamten Rechtsordnung. Ihr gehören neben durch materielle Gründe motivierte Personen auch verschwörungstheoretisch geprägte und waffenaffine Menschen an. Für die Verwirklichung ihrer Ziele treten sie aktiv – auch mit aggressiven Verhaltensweisen – gegenüber Gerichten und Behörden auf. Insbesondere Waffenbesitzer können in diesem Zusammenhang eine erhebliche Gefahr darstellen.

Überblick in Zahlen

Der Szene wurden im Berichtsjahr 1.327 Personen (Stand: 31. Dezember 2017; 2016: ca. 600) mit Schwerpunkt im Landkreis Zwickau (160 Personen) und der Landeshauptstadt Dresden (153 Personen) zugerechnet (bundesweit: 16.500). Die regionalen Zahlen zum Personenpotenzial lassen sich nach wie vor nicht auf regionale Einflussfaktoren zurückführen. Der Anteil der Rechtsextremisten betrug sechs Prozent (79 Personen; 2016: 25). Auf demselben Niveau bewegte sich auch der Anteil der Personen mit waffenrechtlicher Erlaubnis, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie der „Reichsbürgerszene“ angehören (5,1 Prozent; bundesweit 6,7 Prozent).

Anzahl der „REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER“ im Freistaat Sachsen

	insgesamt	darunter Rechts- extremisten	Personen mit waf- fenrechtlicher Er- laubnis, bei denen tatsächliche An- haltspunkte dafür vorliegen, dass sie der „Reichsbür- gerszene“ angehören
2017	1.327	79	68

Entwicklungstendenzen

Das vom LfV beobachtete Personenpotenzial nimmt nach wie vor zu. Dies liegt vor allem an eingehenden Erkenntnismitteilungen anderer Behörden und demzufolge an einem Sichtbarwerden des bisherigen „Dunkelfeldes“. Allerdings findet die Szene auch einen gewissen Zulauf. Es ist daher mit einem weiteren moderaten Anstieg der Zahlen zu rechnen. In Sachsen waren im Jahr 2017 die Personenzusammenschlüsse STAATENLOS.INFO, BUNDESSTAAT SACHSEN und die FREIE WÄHLERVEREINIGUNG EINIGES DEUTSCHLAND aktiv.

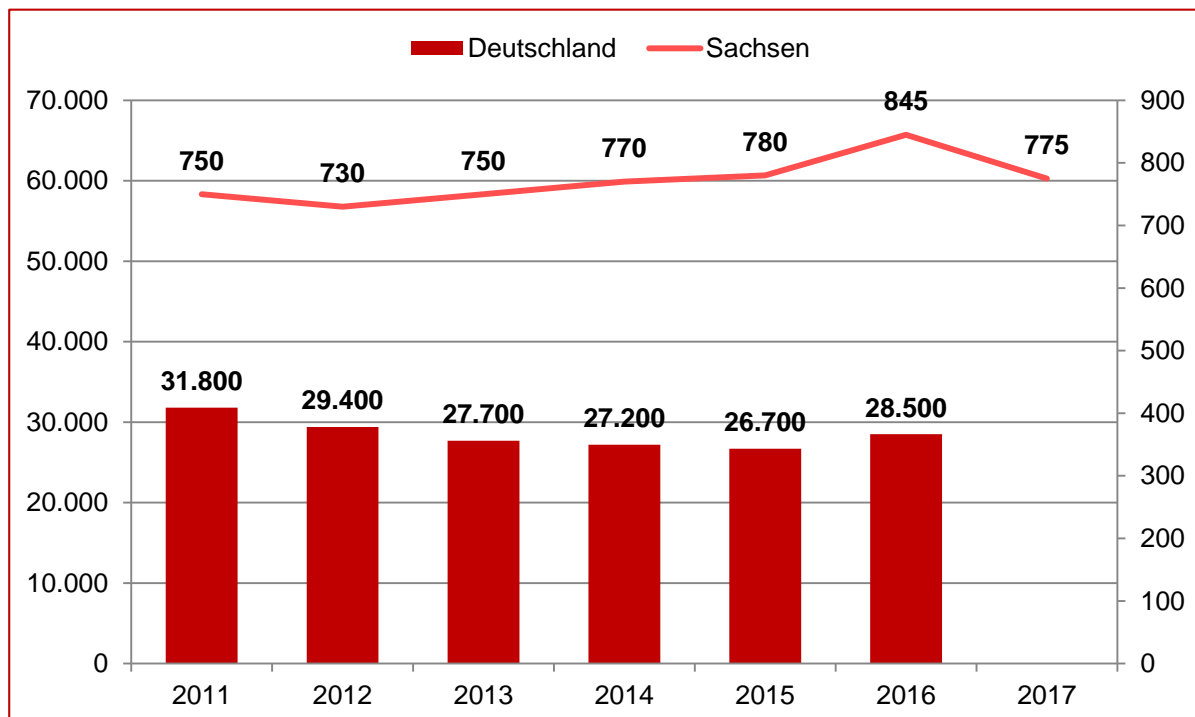
III. Linksextremismus

Überblick in Zahlen

Das linksextremistische Personenpotenzial sank gegenüber dem Vorjahr um ca. acht Prozent (2017: ca. 775 Personen; 2016: ca. 845). Die **AUTONOMEN** stellten hier unverändert die größte Gruppe dar (leichter Rückgang um rund zwei Prozent auf ca. 415 Personen). Die Anhängerschaft der **ANARCHISTEN** (konstant bei ca. 45 Personen) **und sonstigen linksextremistischen Gruppierungen** lag bei ca. 160 Personen (2016: 170). Die Gruppierung **REVOLUTION** hatte hingegen Mitgliederverluste zu verzeichnen. Bei den Mitgliedern des **ROTE HILFE E.V.** (konstant bei ca. 380 Personen) handelte es sich häufig um Personen, die zugleich in anderen extremistischen Strukturen aktiv waren.

Die Gesamtzahl der Mitglieder **orthodoxer linksextremistischer Parteien und Organisationen** sank auf ca. 200 Personen (2016: ca. 250). Dies lag zum einen an dem hohen Altersdurchschnitt, zum anderen aber auch an der straffen Parteidisziplin, der strengen ideologisch-dogmatischen Ausrichtung und den wenig dynamischen Aktionsformen – Aspekte, mit denen man junge Menschen nur schwer für sich zu gewinnen vermag.

Anzahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen

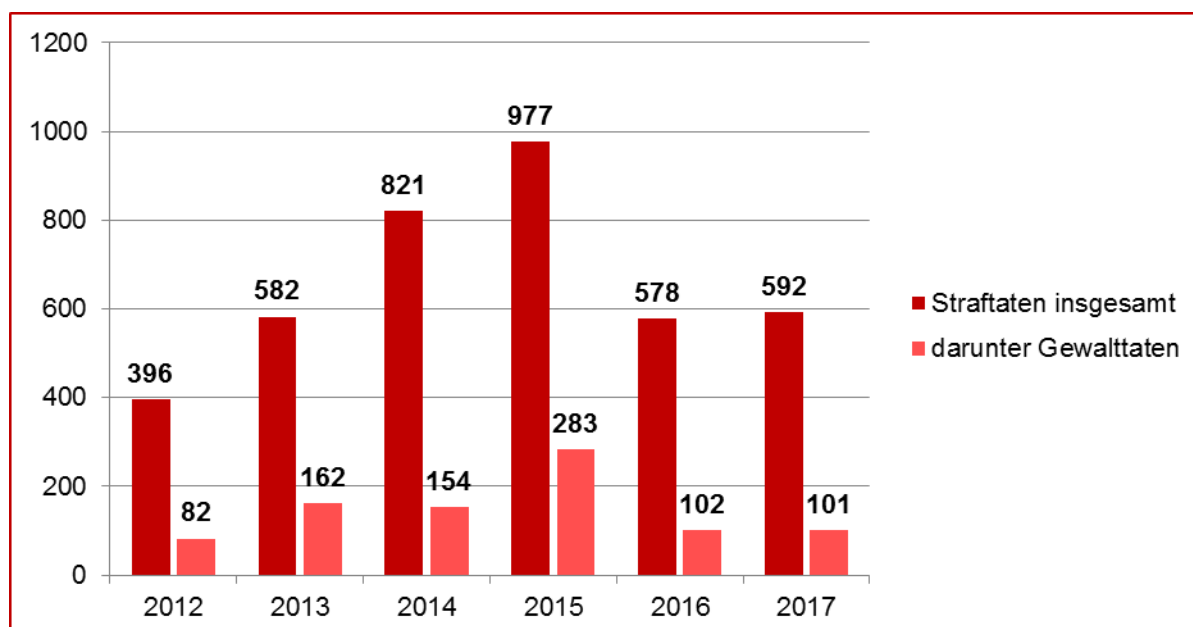


Linksextremistisches Personenpotenzial

	insgesamt	Orthodoxe links-extremistische Parteien und Organisationen	Gewaltorientierte Linksextremisten/AUTONOME	ANARCHISTEN und sonstige linksextremistische Gruppierungen
2017	ca. 775	ca. 200	ca. 415	ca. 160
2016	ca. 845	ca. 250	ca. 425	ca. 170

Die Anzahl der linksextremistischen Straftaten bewegte sich gegenüber 2014 und 2015 auf einem deutlich niedrigeren Niveau, hat sich aber im Vergleich zum Vorjahr leicht um etwa zwei Prozent auf 592 Delikte erhöht (2016: 578). Die Anzahl der Gewaltdelikte veränderte sich kaum (101 Delikte; 2016: 102). Die Anzahl der Gewalttaten, die sich gegen den politischen Gegner („rechts“) richteten, ging um ca. elf Prozent zurück (2017: 55; 2016: 62), zeigt aber dennoch, dass der politische Gegner nach wie vor im Fokus der Szene steht. Wie schon in den Vorjahren, wurden die meisten dieser Straf- und Gewalttaten in den Zentren der sächsischen autonomen Szene in Leipzig und Dresden verübt.

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Entwicklungstendenzen

Im Berichtsjahr sank das öffentliche Aktionsniveau sächsischer Linksextremisten (Rückgang um ca. 38 Prozent; 2017: 86; 2016: 139 Aktionen). Dementsprechend ging auch die Anzahl gewalttätiger Aktionen bei Demonstrationen zurück. Im Übrigen blieb die Aktions- und Gewaltbereitschaft jedoch unverändert hoch. Es wurde eine Vielzahl von klandestin verübten Straf- und Gewalttaten begangen. Insbesondere Leipziger **AUTONOME** verursachten mit Brandanschlägen hohe Sachschäden. Es ist davon auszugehen, dass sich die Gewalttaten auch künftig in die Anonymität dezentraler Aktionen militanter Kleingruppen verlagern werden.

Die Strategie Leipziger AUTONOMER, zunehmend Bündnisse mit nicht extremistischen Gruppen einzugehen, setzte sich im Jahr 2017 fort und kann künftig zu einem Anstieg des linksextremistischen Potenzials führen, auch mit der möglichen Folge des Anwachsens des gewaltbereiten Spektrums. Das Aufgreifen gesellschaftlich relevanter Themen macht Linksextremisten für die Zivilgesellschaft zunehmend anschlussfähig. Es verschafft ihnen die Möglichkeit, ein Bündnis zu dominieren, zu radikalisieren und weltanschaulich zu prägen, so wie bei den Protesten gegen die Innenministerkonferenz, gegen Demonstrationen von LEGIDA und der Partei **DER DRITTE WEG**.

Perspektivisch wird die Leipziger Szene in Sachsen versuchen, ihren Einfluss weiter zu festigen und bundesweit an Bedeutung zu gewinnen. Dagegen wird die Dresdner Szene weiter an Bedeutung verlieren. Sie ist allein kaum mehr in der Lage, ohne Unterstützung auf größere Ereignisse mit sichtbarem Potenzial zu reagieren.

Die Themenfelder „Antirepression“ und „Antikapitalismus“ dürften für Linksextremisten künftig noch stärker zum thematischen Bezugspunkt eigener Aktivitäten werden, sodass hierbei auch mit einer Erweiterung der Zielgruppe bei sogenannten Outing-Aktionen⁵ gerechnet werden muss. Neben tatsächlichen und vermeintlichen Rechtsextremisten könnten demzufolge in zunehmendem Maße auch Personen aus Polizei und Justiz davon betroffen sein.

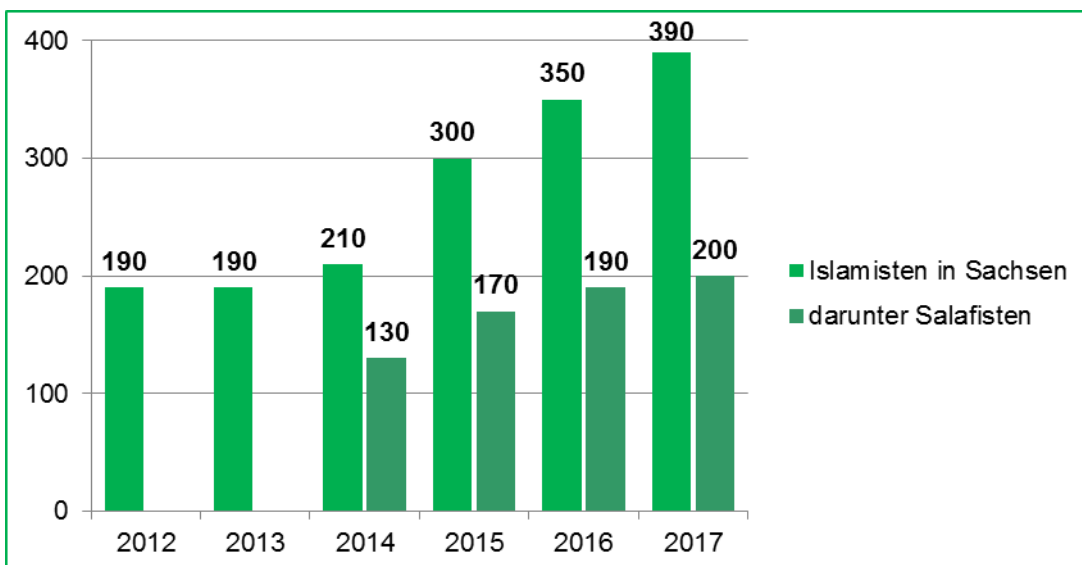
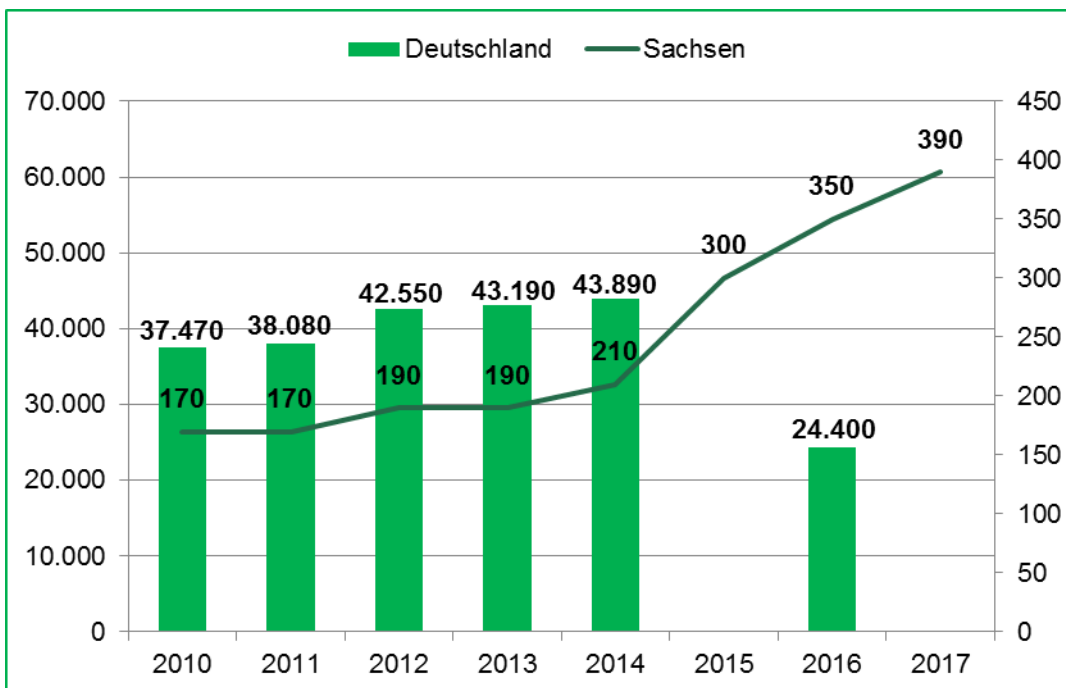
⁵ Der Begriff „Outing“ meint hier das Öffentlichmachen von Namen und Adressen von tatsächlichen oder vermeintlichen politischen Gegnern.

IV. Islamismus

Überblick in Zahlen

Wie in den Vorjahren bewegte sich das islamistische Personenpotenzial in Sachsen im Bundesvergleich auf niedrigem Niveau. Gegenüber 2016 ergab sich allerdings eine weitere Steigerung von rund elf Prozent auf ca. 390 Islamisten (2016: 350), darunter ca. 200 Salafisten (2016: 190).

Anzahl der Islamisten im Freistaat Sachsen



Entwicklungstendenzen

Mit dem infolge der Migrationsbewegungen starken Zuzug von Muslimen erhöhte sich auch der Bedarf an entsprechenden religiösen Einrichtungen. Diese laufen nun verstärkt Gefahr, unter den Einfluss von Islamisten zu geraten. So gab es in Sachsen im Jahr 2017 entsprechende Versuche der **MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB)**. Dies war auch für die Gläubigen nicht immer offen erkennbar. Es ist zu erwarten, dass die MB bzw. die ihr zuzuordnende **SÄCHSISCHE BEGEGNUNGSSTÄTTE (SBS)** weiterhin bestrebt sein werden, auf diese Weise an Bedeutung zu gewinnen.

Schwerpunkt salafistischer Bestrebungen wird auch künftig die **AL-RAHMAN-MOSCHEE LEIPZIG** sein. Der Imam dieser Einrichtung, Hassan Dabbagh, ist ein überregional bekannter Vertreter des politischen Salafismus in Deutschland.

Aufgrund des Verlustes finanzieller und personeller Mittel sowie des bestehenden Verfolgungsdrucks dürfte es für den sogenannten **ISLAMISCHEN STAAT (IS)** zunehmend schwieriger werden, geplante Operationen in Europa aus Syrien heraus zu steuern. Stattdessen rief der IS seine Sympathisanten zu Terroranschlägen in ihren Aufenthaltsländern auf. Aus diesem Grund und wegen weiterhin IS-treuer Rückkehrer aus dem „Kalifat“ besteht auch künftig eine hohe Terrorgefahr in Deutschland und Europa. Auch das **AL-QAIDA**-Netzwerk hat ein anhaltendes Interesse daran, im Westen terroristisch aktiv zu werden.

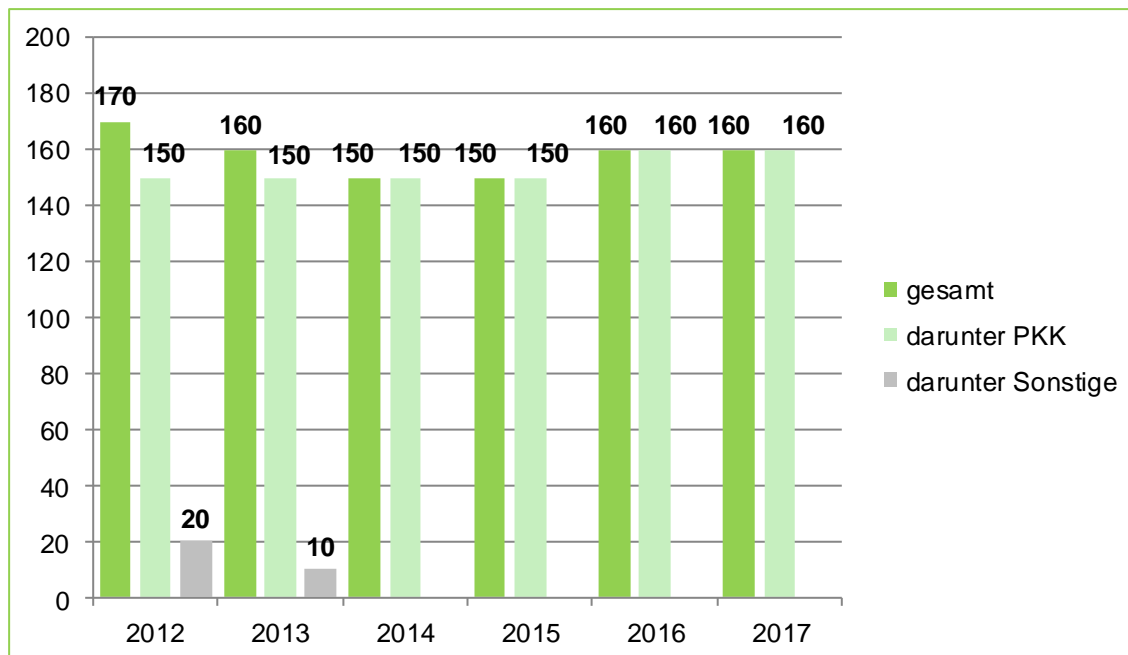
Aufgrund stärkerer Sensibilisierung von Behörden und Gesellschaft gingen im Berichtsjahr im LfV Sachsen zunehmend Hinweise auf Gefährdungssachverhalte ein, die in einer speziell dafür eingerichteten Organisationseinheit bearbeitet wurden. Die Spannweite reichte hierbei von bloßen Verleumdungen bis hin zu relevanten Informationen.

V. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug

Überblick in Zahlen

Das Personenpotenzial von sicherheitsgefährdenden linksextremistischen Gruppierungen mit Auslandsbezug blieb konstant bei ca. 160 Personen. Es handelt sich um Mitglieder und Personen aus dem Umfeld der **ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)**. Wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen vor allem mit dem IS und wegen der drastischen Reaktionen der türkischen Regierung auf den gescheiterten Putschversuch in der Türkei vom Juli 2016 kam es verstärkt zu entsprechenden öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Zum Mobilisierungspotenzial der PKK zählen regelmäßig auch Linksextremisten aus Sachsen und aus benachbarten Bundesländern.

Personenpotenzial – sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug im Freistaat Sachsen



Entwicklungstendenzen

Auch wenn der strategischen Vorgabe des PKK-Gründungsmitglieds Abdullah Öcalan (auch gewaltsames Streben nach einem eigenen Kurdenstaat) in der Türkei weiterhin gefolgt wird, war die PKK in Westeuropa jedoch auch im Berichtsjahr um friedlichen Protest bemüht, um so die Unterstützung demokratischer Kräfte zu gewinnen. Indes wird die Situation Öcalans von seinen Anhängern weltweit aufmerksam beobachtet. Schon bei vagen Anhaltspunkten, z. B. für schlechte Haftbedingungen, ist die PKK zur Mobilisierung tausender Anhänger in der Lage. Auch ist bereits seit einigen Jahren eine verstärkte Solidarisierung sächsischer Linksextremisten mit der PKK zu beobachten. Sollten sich hier gemeinsame Strukturen entwickeln, könnte dies auch Auswirkungen auf das Gewaltpotenzial beider extremistischer Akteure haben. Mit Anschlägen auf Institutionen oder Personen in Deutschland, die als Verbündete der türkischen Regierungspolitik betrachtet werden, muss weiterhin gerechnet werden.

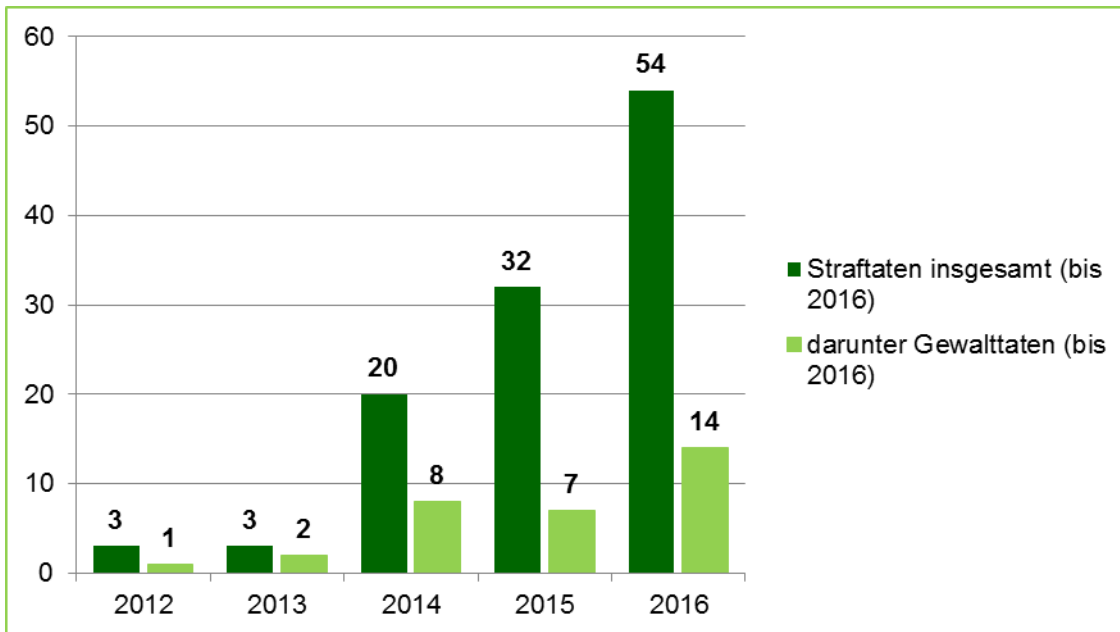
VI. Politisch motivierte Kriminalität in den Bereichen Islamismus (IV.) und sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug (V.)

Bislang wurden Straftaten von Personen im Zusammenhang mit sicherheitsgefährdenden und extremistischen Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug in der Rubrik „Politisch motivierte Ausländerkriminalität – Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund“ dargestellt. Auch Straftaten aus dem Extremismusbereich „Islamismus“ wurden hier registriert.

Ab dem diesjährigen Verfassungsschutzbericht wird bei den Straf- und Gewalttaten nach ausländischer (d. h. politischer) und religiöser Ideologie unterschieden. Das Kriminalitätsniveau ist hier im Vergleich zu anderen Extremismusbereichen äußerst niedrig. Der Anteil dieser Fälle betrug weniger als vier Prozent aller politisch motivierten Straftaten in Sachsen. Gegenüber 2016 ist allerdings ein deutlicher Anstieg der Straftaten mit Schwerpunkt in Dresden und Leipzig zu verzeichnen (103 Straftaten; 2016: 54). Grund ist zum einen die Eskalation der Lage in der Türkei, wo verschärfte Auseinandersetzungen zwischen der PKK und dem türkischen Militär stattfanden. In Deutschland kam es diesbezüglich überwiegend zu Propagandadelikten. Zum anderen verursachten die kriegerischen Auseinandersetzungen, besonders in Syrien, massive Migrationsbewegungen in Richtung Westeuropa, vorwiegend nach Deutschland. Das Aufeinandertreffen von Personen verschiedener Religionen oder eine so empfundene angeblich ungerechte Behandlung durch deutsche Behörden waren Auslöser für die Begehung von Straftaten.

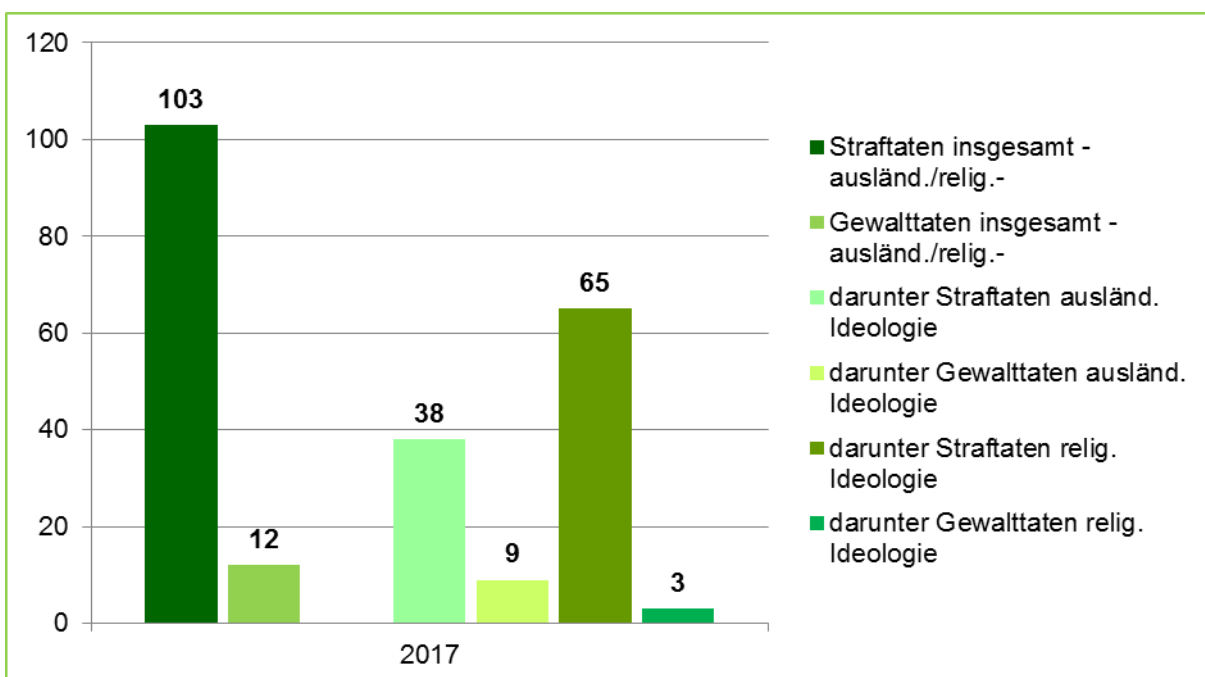
Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

Darstellungsweise im Sächsischen Verfassungsschutzbericht bis 2016



Straftaten mit ausländerextremistischem bzw. islamistischem Hintergrund

Neues Kategoriensystem im Sächsischen Verfassungsschutzbericht 2017



VIII. Spionage

Aktivitäten der **russischen** Nachrichtendienste gingen mit einer weiterhin sehr offensiven russischen Außenpolitik einher. Von Interesse waren die deutsche Haltung zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Finanz- und Energiepolitik, aber auch die Rolle Deutschlands in der NATO. Ansatzpunkte für entsprechende Spionageaktivitäten sind politische Mandatsträger, Denkfabriken, Nichtregierungsorganisationen und Vereine mit Bezügen zu Russland oder anderen osteuropäischen Staaten. Vorrangiges Ziel von Beeinflussungsaktivitäten war es, die Politik der russischen Staatsführung zu rechtfertigen sowie den Westen für die angespannte politische Situation in Osteuropa und im Nahen Osten verantwortlich zu machen. Die russischen Nachrichtendienste greifen dabei zunehmend auch auf ehemalige Mitarbeiter zurück, die mittlerweile in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft engagiert sind. Dadurch verschwimmt die Grenze zwischen zivilen und nachrichtendienstlichen Aktivitäten im In- und Ausland. In wirtschaftlicher Hinsicht ging es darum, die angeschlagene russische Wirtschaft mit neuem Know-how zu versorgen. Sachsen stellt hier als starker Forschungs- und Wirtschaftsstandort ein lukratives Ziel dar.

Auch die **Volksrepublik China** hat ihre Nachrichtendienste im Jahr 2017 weiter zur Informationsgewinnung in den Bereichen Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft eingesetzt. Gleichzeitig wurde der Ausbau einer flächendeckenden Kommunikations- und Internetüberwachung intensiviert. Hierfür erhielten die Nachrichtendienste eine starke Personalausstattung und umfangreiche Befugnisse. Ihre Mitarbeiter sind an den amtlichen oder halbamtlichen Vertretungen in Deutschland präsent und oft als Diplomaten oder Journalisten getarnt. Im Berichtsjahr erregten Versuche, unter anderem über sogenannte Karriereplattformen zu Beamten des Freistaates Sachsen Kontakt aufzunehmen, besondere Aufmerksamkeit. Daneben standen innovative sächsische Unternehmen und Hochschuleinrichtungen mit ihren Spitzentechnologien im Blickfeld chinesischer Nachrichtendienste. Ein weiterer Schwerpunkt war das Ausspähen von in Deutschland lebenden Oppositionellen.

Nachrichtendienste aus der **Türkei, dem Nahen Osten und aus asiatischen Staaten** führten in erster Linie Maßnahmen gegen in Deutschland ansässige Oppositionelle aus ihren Heimatländern durch. Im Herbst 2017 verurteilte das OLG Hamburg einen Journalisten wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit (§ 99 StGB), da er die kurdische Szene in Deutschland für den türkischen Auslandsnachrichtendienst ausgeforscht hatte.

Auch **syrische Nachrichtendienste** haben ein starkes Interesse an Erkenntnissen über den Verbleib bekannter Oppositioneller und über deren Rolle im syrischen Bürgerkrieg. Die erlangten Erkenntnisse können zu Repressionen gegen Rückkehrer oder gegen in Syrien verbliebene Verwandte genutzt werden.

Iranische Nachrichtendienste waren vor allem gegen (pro-)israelische und jüdische Einrichtungen aktiv.

Vietnamesische Nachrichtendienste sollen im Berichtsjahr einen vietnamesischen Geschäftsmann, für den zuvor bereits ein bis dahin erfolgloses Auslieferungsersuchen gestellt worden war, in Berlin auf offener Straße entführt und zwecks Strafverfolgung in sein Heimatland verschleppt haben.

Die Veröffentlichungen interner Dokumente haben das breite Spektrum der Aktivitäten **amerikanischer Nachrichtendienste und anderer westlicher Dienste** verdeutlicht. Aus den sogenannten Snowden-Enthüllungen folgte der Verdacht, westliche Dienste würden ihre technischen Fähigkeiten und Fertigkeiten nutzen, um weltweit Kommunikationsdaten abzuschöpfen. In diesem Bereich sollen vor allem US-amerikanische und britische Auslandsnachrichtendienste in enger Zusammenarbeit entsprechende Maßnahmen gegen Deutschland richten. Der Verfassungsschutz geht in Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages jedem Anfangsverdacht von Spionageaktivitäten auch westlicher Dienste nach.

Den vollständigen Verfassungsschutzbericht 2017 finden Sie auf der Internetseite des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen:

<http://www.verfassungsschutz.sachsen.de>